



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 25. Oktober 2024

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 28. Oktober 2024

Fokusthemen: **Bildung, parlamentarische Initiativen, Gerichtsneubauten**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach einem Antrag auf Dringlichkeit zu einem Postulat und einem Wahlgeschäft die Schlussabstimmung zur kantonalen Grundlage für die Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative durchführen. Eine längere Debatte ist zur Einführung der Schulsozialarbeit an Mittel- und Berufsschulen zu erwarten. Anschliessend steht die Abschreibung von zwei Postulaten an. Bis zur Mittagspause wird der Rat Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. In der Nachmittagssitzung werden nach einer Entgegennahme zwei umstrittene Objektkredite betreffend Gerichtsneubauten und voraussichtlich ein paar PI behandelt.

Dringlichkeitsantrag zum Büroflächenstandard der Gerichte

Mit einem Postulat lädt die Kommission für Planung und Bau (KPB) den Regierungsrat ein, zusammen mit den obersten kantonalen Gerichten eine Verordnung auszuarbeiten, welche den Büroflächenstandard der Gerichte dahingehend regelt, dass er sich dem kantonalen Flächenstandard Bürogebäude weitestgehend annähert ([KR-Nr. 333/2024](#)). Bei der Behandlung des Vorstosses wird es am Montag aber nicht um die Sache gehen, sondern lediglich um die Frage, ob das Postulat dringlich erklärt wird. Dies ist der Fall, wenn sich mindestens 60 Ratsmitglieder für die Dringlichkeit aussprechen. Der Regierungsrat hätte dann fünf Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Anschliessend würde der Kantonsrat definitiv über die Überweisung des Postulates entscheiden.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Schlussabstimmung zur Ausbildungsförderung von diplomierten Pflegefachpersonen

Keine lange Debatte ist zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege zu erwarten, das in zweiter Lesung beraten wird ([5943](#)). In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat ist in der ersten Lesung allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Mit dem Einführungsgesetz wird die kantonale Grundlage für die Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative geschaffen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Schulsozialarbeit soll an Mittel- und Berufsschulen eingeführt werden

Eine längere Diskussion ist über die Schulsozialarbeit im Mittelschulgesetz und im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung zu erwarten. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die Schulsozialarbeit in den entsprechenden Gesetzen zu verankern ([5935](#)). Das niederschwellige Beratungsangebot soll die Jugendlichen und ihr schulisches Umfeld stärken und ungünstigen Entwicklungen frühzeitig entgegenwirken. Die Mehrheit der Kommission unterstützt den Antrag der Regierung. Sie sieht den Aufgabenbereich der Schulsozialarbeit treffend definiert. Eine Minderheit (FDP, SVP) lehnt die Vorlage ab. Sie möchte die Intervention der Schulsozialarbeit aus Kostengründen vorerst auf die Jugendlichen und die Klassen beschränkt sehen und das schulische Umfeld (Lehrpersonen, Schulleitungen) nicht berücksichtigen. Zwei weitere Minderheiten möchten das Angebot auf die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene (SP, Grüne) bzw. die Berufsmaturitätsschulen (SP, Grüne, EVP) ausdehnen. Die

Kommissionsmehrheit sieht für Erwachsene indes keinen Bedarf an Schulsozialarbeit. Eine Minderheit (SP, Grüne) möchte zudem explizit festhalten, dass das Angebot an Schulsozialarbeit «ausreichend» sein müsse. Die Mehrheit der Kommission erachtet den Zusatz als unnötig oder befürchtet, dass er zu einer Mengenausweitung einladen könnte.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit Ablehnung: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Minderheit Ausdehnung: Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38

Unterstützung bei Fernunterricht und frühere Aufklärung über Bildungssystem

Häufig unumstritten ist die Abschreibung von Postulaten. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Auch das Postulat betreffend «Konzept für den Fernunterricht» dürfte am Montag abgeschrieben werden ([KR-Nr. 242/2020](#)). Allerdings ist unklar, ob es, wie von der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) mit 8 zu 6 Stimmen beantragt, direkt abgeschrieben wird. Eine Minderheit (SP, FDP, GLP) erachtet den Bericht nämlich als unvollständig und beantragt, das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben. Darin wird unter anderem eine stärkere, praxisnahe Unterstützung der Gemeinden bei der Digitalisierung gefordert, wenn diese das wünschen. SP, FDP und GLP haben im Rat zusammen 89 Sitze, sodass es wohl auf die Anzahl Abwesender ankommen wird, ob das Postulat direkt oder mit einer anderslautenden Stellungnahme abgeschrieben wird. Mit dem Vorstoss wurde vom Regierungsrat ein stufengerechtes Konzept zur Ergänzung des Unterrichts mit Fernunterricht und digitalem Unterricht gefordert.

Ohne Nebengeräusche dürfte indes die Abschreibung des Postulates betreffend «Aktivere Information in der Volksschule für Berufswege» erfolgen ([KR-Nr. 30/2022](#)). Die KBIK beantragt einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Mit dem Vorstoss verlangten SP, FDP, GLP und SVP, dass Erziehungsberechtigte und weitere Ansprechpersonen rechtzeitig vor dem Wechsel in die Sek-I-Stufe über die Möglichkeiten des dualen Bildungssystems aufgeklärt werden. Die Bildungsdirektion hat 2019 das Programm Volksschule–Berufsbildung (VSBB) mit dem Ziel lanciert, den Übergang in die Berufsbildung zu verbessern, auch bezüglich Information.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit Fernunterricht: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Vorstösse zu Medienqualität, Geschichtsunterricht und KI

In der allfällig verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Bildungsdirektion betreffen. AL-Kantonsrätin Judith Stofer fordert mit Unterstützung von SP, Grünen und EVP eine jährlich wiederkehrende Mitfinanzierung des «MAZ – der Schweizer Journalistenschule», um die Benachteiligung durch höhere Studiengebühren von Studierenden aus dem Kanton Zürich zu beseitigen ([KR-Nr. 479/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen. GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler hat dem Regierungsrat verschiedene Fragen zum Geschichtsunterricht in der Volksschule gestellt ([KR-Nr. 37/2023](#)). Mit der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates im Rat ist die Interpellation erledigt. Und GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig möchte, dass der Regierungsrat die möglichen Auswirkungen von KI-Anwendungen auf den Lehrauftrag an Schulen und Bildungsinstituten wie Universitäten und Hochschulen oder in der Ausbildung von Lehrpersonen evaluiert ([KR-Nr. 71/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion über eine Überweisung an die Regierung.

Judith Stofer (AL, Zürich), 079 280 89 02

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) 079 661 51 49

Diskussionslose Behandlung eines Vorstosses zu Governance im Gesundheitswesen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat zum Auftakt der Nachmittagssitzung ein Postulat, das als Entgegennahme traktandiert ist. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, den Vorstoss entgegenzunehmen. FDP-Kantonsrätin Raffaele Fehr möchte mit Unterstützung von GLP und Mitte vom Regierungsrat wissen, wie die Rollen der Kantonsregierung im Gesundheitswesen entflochten werden können ([KR-Nr. 209/2024](#)). Der Rat muss nun darüber befinden, ob er das Postulat diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt es auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Sozialversicherungsgericht und Bezirksgericht Hinwil sollen neu gebaut werden

Umstritten waren in der Kommission für Planung und Bau (KPB) zwei Objektkredite für den Neubau des Sozialversicherungsgerichts ([KR-Nr. 279/2024](#)) und den Ersatzneubau des Bezirksgerichts Hinwil ([KR-Nr. 254/2023](#)). Die KPB beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, beiden Objektkrediten zuzustimmen. Kritisiert wurden in der Kommission vor allem der durchschnittliche Flächenverbrauch der Mitarbeitenden sowie das Ausmass der im Projekt eingeplanten Arbeitsplatzreserven sowie beim Neubau des Sozialversicherungsgerichts. Die Mehrheit der Kommission ist aber der Ansicht, dass Letzterem durch die Vermietung von einem der fünf Bürostockwerke begegnet werden kann. Eine Kommissionsminderheit (GLP, SVP) beantragt dem Kantonsrat die Rückweisung der Vorlage an das Sozialversicherungsgericht. Sie fordert, dass der Innenausbau entsprechend dem kantonalen Büroflächenstandard redimensioniert wird. Mit der gleichen Forderung will dieselbe Minderheit die zweite Vorlage an das Obergericht zurückweisen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit Sozialversicherungsgericht: Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47

Minderheit Bezirksgericht Hinwil: Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 044 915 01 68

PI zu Mietrecht, Stimmrechtsrekursen, Schulpflege, Asylsuchenden

Unmittelbar vor der Behandlung der Objektkredite (im Traktandum 22) und im Anschluss an diese (ab Traktandum 25) wird sich der Rat mit ein paar parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. SVP-Kantonsrat Christoph Marty fordert, dass steuerpflichtige Personen an ihrem Wohnsitz im Kanton Zürich vom Reineinkommen für die selbstbewohnte Mietwohnung 30 Prozent der Wohnungsmiete als Mieterabzug geltend machen können ([KR-Nr. 289/2024](#)). Thomas Anwander, Kantonsrat der Mitte, verlangt mit Unterstützung von SVP und FDP, dass gegen erstinstanzliche Handlungen des Regierungsrates, welche die politische Stimmberechtigung der Bürgerinnen und Bürger oder Volkswahlen oder Volksabstimmungen betreffen, innert 10 Tagen Einsprache erhoben werden kann ([KR-Nr. 296/2024](#)). FDP-Kantonsrat Mario Senn möchte, unterstützt von der GLP, dass in Gemeinden mit einer Leitung Bildung die Gemeindeordnung die Aufgaben der Schulpflege dem Gemeindevorstand oder einer Kommission übertragen kann ([KR-Nr. 306/2024](#)). Und SVP-Kantonsrat Stefan Schmid fordert mit Unterstützung der FDP, der Regierungsrat müsse für Gemeinden eine verbindliche Aufnahmequote von Asylsuchenden pro Einwohner erlassen, und diese dürfe die Obergrenze von 1 Prozent nicht überschreiten ([KR-Nr. 330/2024](#)).

Christoph Marty (SVP, Zürich), 079 352 66 33

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur), 079 430 43 66

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Personelles:

Kurz nach Beginn der Vormittagssitzung (als Traktandum 3) wird in offener Wahl ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 33/2024](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12